



Deichgräf Joachim Fischer am Rhein. Im Hintergrund das Gelände der Firma uct, dessen Hochwasserschutz als wahrscheinlich letzter von neun Planungsabschnitten saniert wird.

FOTO: ANJA TINTER

Deichsanierung kostet 111 Millionen Euro

Statt der 50 bis 60 Millionen Euro, die die notwendige Deichsanierung laut grober Schätzung teuer sein sollte, sind es nun 111 Millionen Euro. Jetzt werden Einsparungen geprüft, eventuell müssen Abschnitte neu geplant werden.

VON CARINA WERNIG

DORMAGEN Jetzt liegen die Zahlen auf dem Tisch: Die nötige Sanierung des maroden rund 13 Kilometer langen Deichs auf Dormagener Gebiet wird 111 Millionen Euro kosten. Das haben die Berechnungen der Planer der Arbeitsgemeinschaft Hahn-Bender/Patt ergeben. Letzte Schätzungen lagen bei 50 bis 60 Millionen Euro für die neun Planungsabschnitte, jetzt sind es 80. Dazu kommen Nebenkosten und die Mehrwertsteuer mit insgesamt 32 Millionen Euro. Von der Gesamtsumme übernimmt das Land idealerweise 80 Prozent, sonst wird es noch teurer für den Deichverband Dormagen/Zons, der nun 22 Millionen Euro aufbringen muss. Das betrifft auch die rund 5000 Zwangsmitglieder aus Dormagen-Mitte, Rheinfeld, Zons und Stürzelberg.

Ende dieser Woche sucht das Deichamt um den Deichgräfen Joachim Fischer das Gespräch mit der

Bezirksregierung Düsseldorf und den Planern: „Sowohl einzeln als auch gemeinsam mit beiden Gruppen werden wir versuchen, möglichst große Einsparungen zu erreichen“, erklärt Fischer: „Wir glauben an eine Reduzierung der Kostensumme.“ Er selbst ist ebenfalls von der Höhe der Kosten überrascht, auch wenn ihm bewusst war, dass

**„Wir glauben
an eine
Reduzierung
der Summe“**

Joachim Fischer
Deichgräf

besondere Gestaltungen oder der Verlauf des Deichs nicht die günstigsten Bauvarianten waren. Wie Fischers Vorgänger als Deichgräf, Reinhard Hauschild, erklärte hatte, wollte der Erbtage so wenig Fläche wie möglich verbrauchen und optisch ansprechende Lösungen fin-

den, um die Umwelt zu schonen, Landwirte nicht zu belasten und hohe Akzeptanz für die Sanierung in der Bevölkerung zu erreichen.

Das wird nun zumindest auf den Prüfstand gestellt, wie Fischer erläutert: „Wir sind schon dabei, Möglichkeiten auszuloten. Allerdings werden wir beim Hochwasserschutz keine Abstriche machen, aber zum Beispiel auf die Verkleidung der Spundwände verzichten.“ Wird jedoch von der Variante, teure Spundwände einzusetzen, ganz abgesehen, wird eine Umplanung kompletter Abschnitte zum Drei-Zonen-Deich nötig werden, was ebenfalls Zeit und Geld kosten würde. Dann würde auch mehr Land verbraucht. „Das werden wir abwägen müssen“, erklärte Fischer.

Der Antrag auf Planfestellung, der Anfang Oktober bei der Bezirksregierung eingereicht werden sollte, ist auf Beschluss des Erbtages noch nicht erfolgt, auch wenn Fischer dies vorgeschlagen hatte. Er

wollte Verbesserungen nachreichen. Die Mehrheit des Spitzengremiums des Deichverbandes hielt das Verfahren, das rund zwei Jahre dauern wird, so lange an, bis weitere Reduzierungen erzielt worden sind.

„Wir müssen den Mitgliedern schnellstmöglich sagen, wie hoch ihre Belastungen sein werden“, sieht der Deichgräf Klärungsbedarf: „Wir werden mehrere Szenarien durchspielen, auch wenn ich hoffe, dass wir weniger als die 22 Millionen Euro aufbringen müssen.“

Der Erbtage beschloss zudem, ein Gutachten bei Professor Holger Schüttrumpf von der RWTH Aachen in Auftrag zu geben, mit dem geklärt werden soll, ob das Verbandsgebiet richtig gewählt ist oder ob nicht ganz Dormagen vom Hochwasserschutz profitiert. Ist der Deich erst saniert, wird es allein durch die Erhöhung eine Gebietsvergrößerung und Mehreinnahmen geben, ist sich Fischer sicher: „Aber wann alles fertig ist, wissen wir noch nicht.“

KOMMENTAR

Extras kosten (zu) viel Geld

Dass eine aufwendige Deichsanierung nicht für wenig Geld zu haben ist, war klar. Trotzdem sind die ersten realistischen Kosten erschreckend hoch: Statt rund 60 Millionen Euro werden es 111 Millionen Euro, wovon der Deichverband mindestens 22 Millionen Euro selbst erwirtschaften muss. Da müssen die rund 5000 Zwangsmitglieder tiefer in die Tasche greifen als bisher befürchtet. Kostenreduzierung heißt das Gebot der Stunde. Teure Methoden, die Flächen und Natur schonen sollen, müssen auf den Prüfstand. Die Bürger brauchen schnell Klarheit, wie viele Kosten auf sie zukommen.

carina.wernig
@ngz-online.de